

Trotz Sonnenmangel

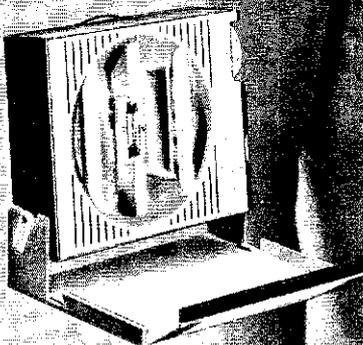
Kopf und
Bräunung mit
Hohensonne®

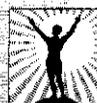
HOHENSONNE schenkt gesundes Aussehen, Kraft und Energie für den Alltag. ORIGINAL HANAU ist Sonnengarantie.

Ihre Haut ist zu schade für irgendeine Heimsonne, gönnen Sie sich die richtige HOHENSONNE, die aus Hanau kommt.

ORIGINAL HANAU bietet alle Systeme: Standard • HA-Fl • Kurzzeit • Impuls

Fragen Sie Ihren Fachhändler oder lassen Sie sich unverbindlich beraten in einem AEG-TELEFUNKEN-Informationszentrum. Fordern Sie Prospekte an bei ORIGINAL HANAU, Quarzlampen-GmbH, 6450 Hanau (Main), HOHENSONNE-Straße. Die echte, die richtige HOHENSONNE gibt es ab ca. ab DM 86,- (empf. Preis).



 ORIGINAL HANAU

anderen Partner ein großtütiges Objekt aufziehen konnte“. Amtlich geschätzt wurde das 3815 Quadratmeter große neue Grundstück an der Louise-Schröder-Straße auf eine Million Mark. Bau-senator Meister: „Die Wachstumserwartungen wurden jedoch nicht bewertet.“

Zwei Jahre hätte Pumpen-Prinz das Grundstück steuerfrei nicht weiterverkaufen können — genau zwei Jahre und einen Tag nach der Beurkundung des Vergleichs aber veräußerte der bodenbewußte Altonaer sein neues Anwesen an eine Baufirma. Freier Markt- und Kaufpreis: 7,5 Millionen.

Neun Millionen Mark hatte der Kleinunternehmer somit aus der Enteignung seines Hausratshandels gezogen — einen Preis, den er beim Verkauf seines gesamten Besitzes nicht annähernd bekommen hätte.

Gerüchte schlichen sich bereits um das Rathaus, daß Prinz anschließend seine Pumpen-Produktion an den schleswig-holsteinischen Stadtrand Hamburgs verlagern wollte, um auch noch von Industrie-Ansiedlungsgeldern des Nachbarlandes zu naschen. Zum Jahreswechsel jedoch wurde bekannt, daß der Eisenhändler mit der Bodenrente aufs Altenteil zog: Er versilberte Maschinenpark, Vorratslager und Firmenmantel an einen Chemikalien-Fabrikanten und retirierte in die Schweiz.

Das für 2000 Mark je Quadratmeter verkaufte Grundstück an der Louise-Schröder-Straße wird mittlerweile aufgehoben. Trotz des fast 700prozentigen Gewinns von Prinz kommen auch die neuen Eigner gut auf ihre Kosten: Gebaut wird nämlich ein Ärzte-Zentrum; „die Zeche“, so Hamburgs Bürgermeister Peter Schulz, „zahlen die künftigen Patienten“.

Bauparlamentarier Leyding ärgert vor allem, daß nach dem bestehenden Bodenrecht bei Enteignungen „die Stadt nicht einmal ein Wiederkaufsrecht hat“. Schulz: „Niemand soll sich wundern, wenn dies eine engagierte junge Generation auf die Barrikaden treibt und wenn sie dann in einem Aufwasch das ganze politische System beseitigen will.“

UMWELT

Seltsames Geschäft

Die Handelsschiffahrt hat einen neuen Erwerbszweig entdeckt: die Verbrennung von Industrie-Müll auf hoher See.

Auf der „Vulcanus“ hat der Holländer Jan Haverda das Kommando, die Maschine wird von Deutschen bedient, und an Deck arbeiten Matrosen aus Portugal. Eigner des 4500 Tonnen tragenden Schiffes ist die Vulcanus Shipping Company im hinterindischen Singapur, Makler der in Rotterdam ansässige Ocean Combustion Service

(OCS), und beide Firmen wiederum gehören der Bremer Großreederei Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa“.

So verwickelt präsentiert sich eine Rarität christlicher Seefahrt: eine hochseetüchtige Müllverbrennungsanlage. Die „Vulcanus“, ein umgebauter Stückgutfrachter, ist die größte ihrer Art — konzipiert und hergerichtet, um flüssigen Abfall der chemischen Industrie, und zwar sogenannte chlorierte Kohlenwasserstoffe, abzukarren und auf dem Meer zu vernichten.

Das unter Billig-Flagge — der Inselstaat Singapur kassiert für Einkommen aus der Schifffahrt keine Steuern — fahrende Schiff kann täglich 400 bis 500, jährlich rund 100 000 Tonnen Chemieabfälle vernichten; das entspricht etwa dem derzeitigen Gesamtaufkommen solchen Mülls in Westdeutschland und in den Niederlanden.

Chlorierte Kohlenwasserstoffe fallen insbesondere bei der PVC-Produktion ab und sind äußerst zählebig: Wie die Erzeugnisse selbst, für deren Herstellung sie verwendet werden — von der Klarsichtfolie bis hin zum Fußbodenbelag —, zeichnen sie sich durch hohe Widerstandsfähigkeit gegenüber Abbau durch Mikroorganismen aus. Sie verrotten also nicht, weder auf Müllkippen noch in Flüssen und im Meer, wohin die Industrie diese Abfälle bislang vorwiegend verbringen ließ.

Konzentriert in die See gelassen, können die Substanzen in weiten Regionen den Fischbestand zerstören; so geschehen vor der norwegischen Küste. Und nachhaltiger noch ist der Langzeiteffekt auf die sogenannte maritime Nahrungskette, die vom einzelligen Lebewesen bis zum Säugetier reicht und an der auch der Mensch teilhat: Biologen machen chlorierte Kohlenwasserstoffe für die Gefährdung vieler Seevogelarten verantwortlich, schädigende Wirkungen auf den menschlichen Organismus sind „zwar noch nicht ein-

deutig nachgewiesen, aber zu vermuten“ — so Meereschemiker Professor Dr. Klaus Graßhoff vom Institut für Meereskunde der Universität Kiel.

Ebenso fragwürdig ist die in der Bundesrepublik nur noch mit Einschränkungen statthafte Methode, den Ausschluß an chlorierten Kohlenwasserstoffen an Land zu verbrennen. Denn dabei entweichen erhebliche Mengen Salzsäure in die Atmosphäre, die den Menschen selbst direkt wie auch seine Umgebung gefährden: Salzsäure im Smog über den Industrieviere greift die Atmungsorgane an, Salzsäure, die über Land abregnet, führt zur, wie Fachleute sagen, „langsamen Ansäuerung“ und Übersalzung der — süßen — Inlandsgewässer und so zur allmählichen Veränderung „ganzer ökologischer Systeme“ (Graßhoff).

So wichen die Chemiemüll-Verbrenner in Regionen aus, die ohnedies versalzen sind — aufs Meer. Die Bochumer Industrieofen-Firma Stahl- und Blechbau GmbH funktionierte — 1969 auf Initiative des Chemiekonzerns Bayer Leverkusen — erstmals ein Seeschiff, den 500-Tonnen-Tanker „Matthias“, zur Müllverbrennungsanlage um.

Letzten Mai brachten die Bochumer das zweite Schiff dieser Art, den 1600-Tonner „Matthias II“, in Fahrt, und mit der Bremer Linienreederei „Hansa“ stieß nunmehr zum erstenmal auch ein Profi aus der Seetransportbranche zu den maritimen Müllwerkern und damit in ein — wie OCS-Geschäftsführer Gert Heinemann sagt — „seltsames Geschäft, das erst dank zunehmend schärferer Umweltschutz-Gesetzgebung und zunehmendem Umweltbewußsein zu machen ist“.

Der technische Teil dieses neuen See-Geschäfts wickelt sich auf der jetzt in Dienst gestellten „Vulcanus“ so ab:

Zwei auf dem Achterschiff montierte, mit Klappdeckeln versehene milchkannenähnliche Brennöfen werden zunächst mit Öl auf etwa 1000 Grad vor-



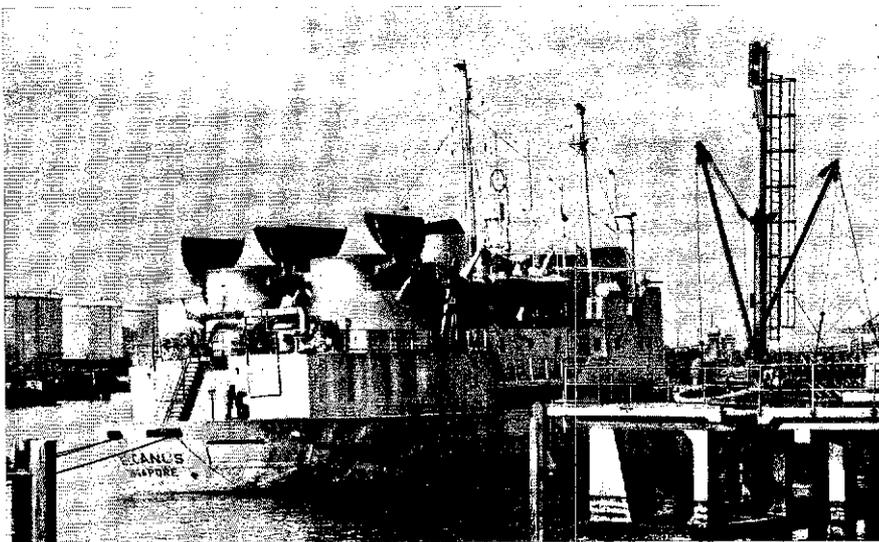
Westdeutsche Müllkippe
Wasser versalzen

geheizt. Sodann wird die Ölzufuhr gedrosselt, statt dessen aus den Ladetanks die je nach Lieferung 30 bis 70 Prozent chlorierte Kohlenwasserstoffe enthaltende Chemiebrühe eingespritzt und schließlich bei rund 1400 Grad nur noch Abfall eingegeben.

Diese Temperatur „crackt“ (zerlegt) die chlorierten Kohlenwasserstoffe, wobei Salzsäure frei wird, während alle anderen Stoffe zu ungefährlichem Kohlendioxid verbrennen. Die Salzsäure wiederum zieht als Dampf aus den Brenntöpfen ab, kondensiert hinter dem gegen den Wind ankernenden oder — bei Windstille — langsam vorauslaufenden Schiff, regnet ins Meerwasser nieder und wird dort zu Kochsalz neutralisiert. Meereschemiker Graßhoff über das Verfahren: „Angesichts der Mengen von Kochsalz im Meer nach heutigen Kenntnissen völlig risikolos.“

Die Bochumer Stahl- und Blechbau salzt auf diese Weise vorwiegend im Auftrag der deutschen Chemie-Großen Bayer Leverkusen, BASF und Farbwerke Hoechst die Meere. Zwar kommen auch zu den „Vulcanus“-Managern „große Leute“ aus dem Rheinmündungsgebiet und „sagen: Ich hab' das was“ (OCS-Heinemann), doch die Hanseaten haben sich „laut Kontrakt verpflichtet, Namen der Kunden nicht zu nennen“.

Denn die Branche hält Diskretion für sinnvoller, als durch giftige Brühe ins Gerede zu kommen — wie das niederländische Unternehmen Akzo, das im Sommer 1971 rund 600 Tonnen Abfall, darunter chlorierte Kohlenwasserstoffe, auf den Tanker „Stella Maris“ pumpen ließ, um sie in den Atlantik zu schütten. Nach Protesten mehrerer Staaten mußte die „Stella Maris“



Müll-Verbrennungsschiff „Vulcanus“: Ventile versiegelt

nach Rotterdam zurückkehren und ihre Ladung dort wieder löschen.

Daß Verbrennungsschiffe ihre Fracht, statt sie zu verbrennen, kostensparend ins Meer ablassen, ist nahezu abgeschlossen. Nach einem letzten Februar in Oslo vereinbarten „Ocean Dumping-Abkommen“ haben sich 13 europäische See-Anrainer-Staaten verpflichtet, den Verbleib der jeweils über ihre Häfen verschifften Abfallstoffe zu kontrollieren. Für die „Vulcanus“, die — wie meistens auch die kleineren „Matthias“ und „Matthias II“ — von Rotterdam aus operiert, ist danach die holländische Schifffahrtsbehörde Rijkswaterstaat zuständig.

So dürfen Verbrennungsschiffe nach Rijkswaterstaat-Auflage nur in einem 18 mal zehn Seemeilen großen, nur wenig befahrenen Gebiet zwischen Ijmuiden und Hoek van Holland arbeiten. Dadurch sollen insbesondere Kollisionsgefahren vermindert werden.

An Bord wurde ein versiegeltes Gerät installiert, das auf einem Film alle 15 Minuten den durch Funknavigation ermittelten Schiffsort wie auch die Temperatur in den Öfen festhält.

Einziger Weg, über den die „Vulcanus“ ihre Ladung ohne Umweg über die Brennöfen von Bord geben könnte, wären die sogenannten Seeventile, wie sie jedes Schiff hat; doch sie wurden von Amts wegen versiegelt.

FERNSEHMARKT

Veto gegen Japaner

Mit einer juristischen Attacke will der AEG-Telefunken-Konzern den Verkauf von billigen Farbfernsehgeräten aus Japan verhindern.

Der Frankfurter Versandgroßhändler Josef Neckermann stellte der Kundschaft zum Jahresbeginn ein tragbares Farbfernsehgerät zum „sensationalen“ Preis von 1148 Mark vor. Kaufinteressenten werden auf das Gerät, das um fast 25 Prozent unter dem derzeitigen Preisniveau liegt, jedoch noch etwas warten müssen: Der deutsche Elektroriese AEG-Telefunken hat gegen den Vertrieb des Preisknüllers sein Veto eingelegt.

In einem Fernschreiben ließen die Konzernherren den Olympia-Reiter „höflich, aber bestimmt“ wissen, daß der japanische Lieferant, die Nippon Electric Company (NEC), mit der AEG als Patentinhaberin des Pal-Systems noch keinen gültigen Lizenz-Vertrag geschlossen habe. Sollte auch nur ein einziges Gerät von den bereits angelieferten 1000 Fernsehern verkauft werden, müsse das Versandhaus mit rechtlichen Konsequenzen rechnen.

Für die Neckermann-Manager kam die Intervention der Pal-Herren völlig

überraschend. Denn ihre japanischen Lieferanten glaubten seit Ende vergangenen Jahres, im Besitz eines gültigen Vertrages zu sein. Im Sommer 1972 hatte AEG den Japanern einen Vertrag zugestellt, den die NEC-Bosse kurz vor Jahresende unterzeichnet zurückschickten.

Die AEG-Juristen behaupten jetzt spitzfindig, die Übereinkunft mit den



Versandhändler Neckermann
Preisknüller gestoppt

Japanern sei nicht rechtsgültig, da noch die Unterschrift ihrer Direktoren fehle. Dr. Hoimar von Ditfurth, Leiter der AEG-Lizenzen-Abteilung, räumt jedoch ein, daß der „NEC-Vertrag unter normalen Umständen in seiner jetzigen Fassung“ unterschrieben worden wäre. Ditfurth: „Wir sind über das Verhalten von NEC äußerst ungehalten.“

Branchen-Insider sind freilich der Meinung, die Verstimmung der AEG-Herren sei weniger auf juristische Gründe als auf handfeste Marktinteressen zurückzuführen. Denn in den letzten Monaten gingen die Geschäfte der deutschen Fernseh-Hersteller (darunter Telefunken, Nordmende, Grundig, Philips, Saba, Blaupunkt) so glänzend, daß sie ihre Ware ohne Preiskämpfe absetzen konnten. In einer Umfrage Ende vergangenen Jahres deuteten die meisten Produzenten für 1973 sogar Preiserhöhungen um rund fünf Prozent an. Ein Außenseiter mit Minipreisen hätte diese Wettbewerbsidylle nur gestört.

Daß sich vor allem AEG als Schutzpatron hoher Branchenpreise fühlt, gab ein Konzern-Sprecher schon vor einiger Zeit deutlich zu verstehen: „Wenn die japanischen Freunde mit ihren um 20 Prozent niedrigeren Löhnen unbeschränkt Pal-Geräte bauen dürfen, dann sind wir bald gefrühstückt.“

Konsequent erteilte AEG seinen Pal-Lizenznehmern (die Patentrechte laufen erst 1979 aus) besonders harte Auflagen. So dürfen die japanischen Konzerne Hitachi, Matsushita und Sanyo Pal-Farbfernsehgeräte nur bis zu einer Bildschirmgröße von 46 cm herstellen. Außerdem können die deutschen Konzernchefs gemäß ihren Verträgen

Produktionszahlen und „Mindestpreise“ festlegen.

Als die japanische Elektrofirma Sony eine Pal-Lizenz beantragte, wurde ihr ein Vertrag präsentiert, der außer den üblichen Auflagen jede Veränderung am AEG-System ausschloß. Sony-Vorstandsmitglied Noboru Yoshü: „Uns wurde untersagt, das Pal-System technisch weiter zu entwickeln oder in verbesserter Form auf den Markt zu bringen.“ Außerdem wunderten sich die Sony-Manager über den Marktverteilungsschlüssel von AEG, nach dem alle japanischen Pal-Lizenznehmer 1972 höchstens 250 000 Geräte nach Europa liefern dürften.

Um solche Knebelverträge nicht annehmen zu müssen, entschloß sich Sony, aus der amerikanischen Chromatron-Röhre ein neues System zu entwickeln. Ergebnis: Mitte vergangenen Jahres erschienen in der Bundesrepublik neue Geräte, mit denen sowohl Pal- als auch Secam-Programme empfangen werden können. Prompt verklagte AEG die Japaner vor dem Landgericht Düsseldorf „wegen Verletzung der AEG-Schutzrechte“ auf „Unterlassung und Schadenersatz“. Der Rechtsstreit ist bis heute noch nicht entschieden.

Inzwischen haben die gestrengen AEG-Chefs Neckermann eine weitere Forderung übermittelt. Danach wollen sie auch bei einer möglichen Einigung mit den Japanern nicht zulassen, daß die NEC-Geräte mit dem Neckermann-Emblem „N“ verkauft werden.

Für den Versandhändler ist es in diesem Fall nicht schwer, die merkwürdige AEG-Auflage zu erfüllen. Pressesprecher Helmut Wachter: „Glücklicherweise ist das Firmenkürzel von Nippon Electric Company mit den Anfangsbuchstaben unseres Chefs identisch.“



TV-Geräte-Produktion in Japan
Weiterentwicklung untersagt